

Wählt den Klassenkampf

Die Gewerkschaften und auch die IG Metall haben den Kampf gegen die Angriffe der Regierung auf die sozialen und wirtschaftlichen Rechte der Arbeiter eingestellt. Den Streiks von über 4500 Metallern in Schweinfurt und den Metallarbeitern in Speyer folgte der 1. Mai mit über 1 Million Teilnehmern. Anschließend haben die Gewerkschaftsvorstände die Mobilisierung der Betriebe für Streiks eingestellt, Klaus Zwickel und Jürgen Peters agitierten öffentlich gegen politische Streiks: „Sowohl Peters als auch der noch amtierende IG-Metall-Chef Klaus Zwickel lehnen politische Streiks gegen die Reformpläne aber ab.“ (Die Welt, 12.5.2003).

Dann wird halbherzig zu Wochenenddemonstrationen aufgerufen. Obwohl jeder weiß, dass viele Kolleginnen und Kollegen an Protesten während der Arbeitszeit teilnehmen würden, nicht aber an Kundgebungen am Wochenende. Das Ergebnis war genauso vorprogrammiert wie der Rückzug der Gewerkschaftsführungen von IG Metall und DGB. Ihr Tenor: „Es kamen nur 90.000, die Mitglieder sind nicht gegen Schröders Sozialraub, die Aktionen werden eingestellt – basta!“

Der Vorstand der IG Metall setzte noch eins drauf. Auf den Abbruch des Kampfes gegen den Sozialraub folgte der Streikabbruch im Osten. Getreu dem Motto: Wer den politischen Streik nicht führen will, der wird auch den ökonomischen Streik verraten. Der gesamte Vorstand hat für Streikbruch gestimmt und zugleich die Satzung gebrochen, in der es unmißverständlich heißt (§ 22 Streik): „Tritt während eines anerkannten Streiks nach Auffassung des Vorstandes eine wesentliche Änderung der Situation ein, so muß erneut eine geheime Urabstimmung unter den an dieser Streikbewegung beteiligten Mitgliedern durchgeführt werden.“ Es kann wohl kaum geleg-

net werden, dass eine wesentliche Änderung der Situation im Osten durch den Abbruch des Streiks eingetreten war – wo bleibt die vorgeschriebene zweite Urabstimmung?

IG Metall-Vorstand, die Mehrheit der Bezirksleiter und Betriebsratsvorsitzenden der großen Automobilwerke haben mit diesem Streikbruch den Gewerkschaften eine Niederlage bereitet, die ihnen weder CDU und FDP noch Regierung und Großkapital in dieser kurzen Zeit beibringen konnten.

Hat auch die Regierung den Kampf gegen die Arbeiter und das Volk eingestellt? Ganz im Gegenteil. Schröder und seine Hintermänner aus den Vorstandsetagen der Großindustrie nutzen das Zurückweichen der Gewerkschaften zu verschärftem Sozialabbau und weiteren Angriffen auf die Arbeitsrechte und den Kündigungsschutz. Nach der Kapitulation vor Hartz und Schröders Agenda 2010 bleibt die nüchterne und sachliche Feststellung:

**Schröder bleibt
der Klassenkampf bleibt
Stimmt für STREIK!**

Die IG Metall braucht nicht nur einen neuen, sondern auch einen kämpferischen Vorstand. Sie muß wieder politisch eingreifen. Sie muß wieder eine Kampforganisation werden, oder die Mitglieder und die Arbeitermassen werden von Regierung und Kapital überrollt. Ihr entscheidet an diesem Wochenende darüber, ob wir unter die Räder kommen oder die richtige Antwort erteilt wird:

**Alle Räder stehen still,
wenn Dein starker Arm es will!**

Wohin geht die IG Metall?

Der Vorstand hat Entschlüsse vorgelegt, die aus der IG Metall eine andere machen sollen. Erstmals seit 1949 sollen selbst die Prinzipien sozialdemokratischer Gewerkschaftspolitik über Bord gekippt werden. Der offenen Reaktion würde Tür und Tor geöffnet. Die größte Industriegewerkschaft der Welt soll vollständig entwaffnet werden, die weder dem deutschen Kriegskurs noch der drohenden Reaktion etwas entgegen zu setzen hätte. Traditionelle gewerk-

schaftliche Begriffe wie „Kampf“ oder „Streik“ tauchen in den Entschlüssen nicht mehr auf!

Wie immer bei grundlegenden Richtungsänderungen strotzen die Entschlüsse nur so von „Ja – aber“. Es kommt darauf an, die Entschlüsse vom Ballast der Augenwischerei zu befreien, sie aus dem falschen Zusammenhang herauszureißen und in den richtigen Zusammenhang zu stellen.

Sozialraub tolerieren statt den Klassenkampf zu führen

„Einfluss auf die politisch-parlamentarischen Entscheidungen können nicht mit einer reinen Verweigerungshaltung geschaffen werden.“

„Die IG Metall wird ihren Einfluss für einen gerechten Umbau des Sozialstaates und eine solidarische Reform der sozialen Sicherungssysteme mit allem Nachdruck geltend machen.“ (EntschlieÙung 1)

Das sind die eigentlichen Kernsätze zum Sozialraub durch die Regierung. Natürlich wird auch davon geredet, die IG Metall sei aufgefordert, „sich entschieden gegen Sozialabbau zu wehren.“ Sobald aber nicht klar gesagt wird, was man wirklich will, sind solche Sätze nur Beiwerk und dienen der Täuschung. Und die Praxis zeigt doch nur zu deutlich die Tolerierung des Sozialabbaus. Wo wird denn der Kampf organisiert gegen die Angriffe durch die Regierung?

Die Schröder-Regierung hat die Renten in den vergangenen drei Jahren um mindestens 5% gekürzt (FAZ, 16.08.2003).

Die Schröder-Regierung plant, die Rente in den kommenden Jahren nach 45 Beitragsjahren auf 40% des früheren Bruttolohns zu drücken. Dann wäre der Rentner nach 45 Beitragsjahren ein Sozialfall! Zugleich wird diskutiert, dass das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre heraufgesetzt werden.

Mit den geplanten Gesetzen zu Hartz III und Hartz IV wird sich die Kinderarmut verdoppeln und die Verelendung ungeahnte AusmaÙe annehmen.

Seit dem 01.01.2003 sind die ersten zwei Hartz-Gesetze in Kraft, die den erkämpften Normalarbeitstag völlig zerstören:

- **Flächendeckende Einführung staatlich organisierter Leiharbeit**, die die Tarife zerschlagen und zu einer verheerenden Lohndrückerei führen werden.
- **Liquidierung der letzten Schutzrechte von Leiharbeitern** durch Verschlechterung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes.
- **Aufhebung des Kündigungsschutzes von Älteren** durch die Möglichkeit, Neueinstellungen ab dem 50. Lebensjahr nur noch befristet vornehmen zu können.
- **Ausweitung der Scheinselbständigkeit** mit der „Ich-AG“.
- **Ausweitung der „Mini-Jobs“**, weil immer mehr Vollzeitbeschäftigte aufgrund sinkender Reallöhne gezwungen sind, in einem Zweitjob weitere Arbeitsstunden zu malochen.
- **Zwang zum Umzug von Arbeitslosen** im gesamten Bundesgebiet, usw.

Hartz III und Hartz IV sollen am 01.01.2004 in Kraft treten:

- **Kürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes** auf 12 Monate, für über 55-jährige auf 18 Monate. Übergangsfrist: 2 Jahre
- **Abschaffung der Arbeitslosenhilfe**, die bislang nach dem Bezug des Arbeitslosengeldes gezahlt wird. Statt Arbeitslosenhilfe wird ein sogenanntes „Arbeitslosengeld II“ bezahlt, das letztlich unter der heutigen Sozialhilfe liegen wird. Arbeitslosengeld II gibt es nur nach einer Bedürftigkeitsprüfung, wenn Eltern oder Kinder so wenig Einkommen haben, dass sie den Erwerbslosen nicht aushalten können. Etwa ein Viertel aller Empfänger der heutigen Arbeitslosenhilfe wird dann überhaupt keine Zahlungen mehr erhalten. Das Arbeitslosengeld II wird wesentlich geringer sein als die derzeitige Arbeitslosenhilfe und soll für Alleinstehende ganze 331 Euro Ost und 345 Euro West monatlich betragen. Hinzu kommen Zuschläge für Ehegatte und Kinder. Ein Zuschuß zur Miete wird gezahlt, der sehr gering angesetzt sein wird. Sollte der Ehegatte erwerbstätig sein, so wird dessen Einkommen die Almosen aus dem Arbeitslosengeld II ganz erheblich verringern.
- **Verschärfte Sperrzeitenregelung**, die dazu führen soll, dass Erwerbslosen das Arbeitslosengeld viel schneller gestrichen werden kann als bislang.
- **Jede Arbeit muß der Bezieher von Arbeitslosengeld II künftig annehmen**, auch Minijobs, untertariflich bezahlte Arbeit etc. Der Druck auf die Tarife und Löhne in den Betrieben wird immens steigen.
- **Die Umkehr der Beweislast** verlangt künftig vom Arbeitslosen den Nachweis, dass eine angebotene Stelle für ihn unzumutbar ist. Bisher muss das Arbeitsamt nachweisen, dass eine Stelle zumutbar ist.
- **Die Anwartschaft für den Anspruch auf Arbeitslosengeld wird verkürzt**. Anspruch auf Arbeitslosengeld hat bisher, wer in den letzten 3 Jahren mindestens 12 Monate versicherungspflichtig gearbeitet hat. Der Dreijahreszeitraum wird auf 2 Jahre verkürzt.
- **Arbeitsvermittler werden zu „Fallmanagern“**, die mit größerer Willkür als bisher Sperrzeiten verhängen können. Wem der Fallmanager „mangelnde Eigenbemühungen“ bei der Arbeitssuche nachsagt, bekommt 2 Wochen lang kein Arbeitslosengeld.
- **Der Staatsapparat wird verstärkt gegen Arbeitslose in Stellung gebracht**. Künftig soll alleine der Zoll, eine Staatsbehörde mit Polizeifunktion, den Arbeitslosen nachspionieren, ob sie sich nebenher ein paar Cent verdienen, um über die Runden zu kommen.

Gesundheitsreform: Operation misslungen, Patient verarmt

Die geplanten Angriffe auf die Gesundheit werden verheerende Auswirkungen haben. Millionen werden ihre Gesundheit nicht mehr finanzieren können. Das wird massenhaft zu schwersten Erkrankungen führen. Millionen werden früher sterben. Millionen sollen zusätzliche Milliarden in die Krankenkassen einzahlen, um die Kassen des Kapitals zu füllen. Zahnersatz und Krankengeld müssen die Arbeiter alleine bezahlen, die Erstattungen für Brillen entfallen vollständig. Die Zuzahlungen pro Arztbesuch und Quartal betragen 10 Euro, die Zuzahlung für Kran-

kenhaustage steigt auf 10 Euro pro Tag (bis 28 Tage im Jahr), für jedes Medikament wird 10% Zuzahlung fällig (bis 10 Euro pro Medikament). Sterbegeld, Fahrtkosten für Krankenfahrten etc. werden gestrichen. Dieser Raubzug an den Kranken soll bis zum Jahr 2007 mindestens 15,9 Milliarden Euro jährlich betragen.

Dazu kommt die Erhöhung der Tabaksteuer, mit der ein zusätzlicher „Beitrag zur Finanzierung der Gesundheitsausgaben“ von 3 Milliarden Euro abverlangt wird.

Von der Sozialpartnerschaft zur Volksgemeinschaft

Wenn man nicht dagegen kämpft, dass die Arbeiter Milliarden Euro verlieren, wenn man die Gewerkschaften gegen diesen Raubzug nicht in Kampfposition bringt, dann billigt man ihre Ausplünderung und das ist letztendlich nichts anderes als Volksgemeinschaft. In den Entschlüssen kommt dies so zum Ausdruck: „Zur Überwindung der Arbeitslosigkeit ist die IG Metall bereit, konstruktiv mit den Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden und der Bundesregierung zusammenzuarbeiten.“ (Entscheidung 1)

„Wir brauchen Unternehmenskonzepte, die mittel- und langfristig die Interessen aller Unternehmensbeteiligten berücksichtigen.“ (Entscheidung 2)

Bisher ging die IG Metall vom Interessengegensatz zwischen Arbeit und Kapital aus und entwickelte daraus die Ideologie der Sozialpartnerschaft. Das Aufgeben des Kampfes führt auch zum Aufgeben dieser sozialdemokratischen Vorstellungen. Das heißt, aus der Sicht des Kapitals wird der Kampf eingestellt und wo es aus ihrer Sicht keinen Klassenkampf mehr gibt, da beginnt eben die Volksgemeinschaft. Das führt automatisch zu dem, was schon einmal war. In der Weimarer Republik tolerierten und unterstützten

die Gewerkschaften Brüning's Notverordnungen, verweigerten den Kampf gegen den Abbau der sozialen Rechte und tolerierten die immer

reaktionärer werdenden Regierungen. Das mündete in dem Aufruf des ADGB am 1. Mai 1933, in dem es wortwörtlich hieß: „Der deutsche Arbeiter soll am 1. Mai standesbewußt demonstrieren, soll ein vollberechtigtes Mitglied der deutschen Volksgemeinschaft werden.“ Die IG Metall hatte einst die Lehren daraus gezogen: „SPD und ADGB, die Brüning durch ihre Tolerierungspolitik unterstützten, sahen, wie seine Deflationspolitik die Wirkungen der Krise verstärkte und vor allem auf die arbeitende Bevölkerung wälzte. Die Furcht vor der steigenden nationalsozialistischen Flut ließ sie jedoch in einer Politik des kleineren Übels verharren, die den Massen unbegreiflich bleiben mußte und die Arbeitnehmerorganisationen selbst immer



George Grosz

„Konstruktive Zusammenarbeit“

weiter in die Defensive drängte.“ (IG Metall: „Fünfund-

siebzig Jahre Industriegewerkschaft“). Das darf sich nicht wiederholen, mit der Schröder-Regierung kann es keine „konstruktive Zusammenarbeit“ geben, ihre Tolerierung müssen die Gewerkschaften sofort beenden.

Unterstützung des deutschen Kriegskurses

Wenn die Arbeiter eines gelernt haben, so ist es das, dass der Arbeiter mit den eigenen Kapitalisten nicht in den Krieg ziehen darf. Zehn Millionen Tote im I. Weltkrieg, über 50 Millionen Tote im II. Weltkrieg sind unvergessen. Um so schlimmer, wenn der Vorstand der IG Metall für Einsätze des deutschen Militärs im Ausland eintritt:

„Einsätze der Bundeswehr dürfen nur aufgrund eines UNO-Mandats erfolgen.“ (Entscheidung 1)

Einsätze der Bundeswehr im Ausland dürfen überhaupt nicht erfolgen! Das verbietet das Grundgesetz (Art. 87a) und es ist nicht Aufgabe der Gewerkschaften, das Grundgesetz gegen die Interessen der Arbeiter auszuhebeln.

Die Entschlüsselung enthält kein Wort über den deutschen Krieg gegen Jugoslawien.

Kein Wort gegen Kriegsminister Strucks Ungeheuerlichkeit, die deutsche Verteidigung finde auch am Hindukusch statt! Kein Wort über die Forderung der deutschen Generale, endlich wieder Präventivkriege führen zu können! (SZ 25.04.2003)

Kein Wort über die neuen „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ des deutschen Kriegsministeriums vom Mai diesen Jahres, die den Einsatz der Bundeswehr auf dem gesamten Erdball genauso festschreiben wie im Inneren der BRD. Zuerst wird in den Richtlinien festgestellt, dass die BRD

von niemandem angegriffen wird: „Eine Gefährdung deutschen Territoriums durch konventionelle Streitkräfte gibt es derzeit und auf absehbare Zeit nicht.“ (Verteidigungspolitische Richtlinien VPR 10). Dann kommt es Schlag auf Schlag. Die Richtlinien setzen das Grundgesetz, Artikel 87a, außer Kraft: *„Dementsprechend läßt sich Verteidigung nicht mehr eingrenzen, sondern trägt zur Wahrung unserer Sicherheit bei, wo immer das gefährdet ist ..“* (VPR 5) Weiter: *„Künftige Einsätze lassen sich wegen des umfassenden Ansatzes zeitgemäßer Sicherheits- und Verteidigungspolitik und ihrer Erfordernisse weder hinsichtlich ihrer Intensität noch geographisch eingrenzen. Der politische Zweck bestimmt Ziel, Ort, Dauer und Art eines Einsatzes ... Die Grenzen zwischen den unterschiedlichen Einsatzarten sind fließend. Eine rasche Eskalation von Konflikten, wodurch ein friedenserhaltender Einsatz in eine Operation mit höherer Intensität umschlägt, ist nie auszuschließen.“* (VPR 57/58). Nachdem klargelegt wurde, dass uns morgen wieder die ganze Welt gehören muß, darf es an der notwendigen Aufrüstung nicht fehlen: *„Deutschland wird*

als Voraussetzung für solche Kooperationsfähigkeit eine leistungs- und wettbewerbsfähige industrielle Basis im technologischen Kernbereich aufrecht erhalten, um auf die Entwicklung entscheidender Waffensysteme Einfluß nehmen zu können. Der industrielle Zusammenschluß von nationalen Rüstungskapazitäten wird unverändert eine wichtige Rolle spielen.“ (VPR 69)

Die deutschen Monopole rüsten zum Krieg, den man eines Tages den Dritten nennen wird, sofern überhaupt jemand noch etwas sagen können. Sollte sich gegen die Kriegstreiber Widerstand regen, liest sich der Einsatz der Bundeswehr nach Innen gegen die Arbeiter und das Volk so: *„Zum Schutz Deutschlands und seiner Bürgerinnen und Bürger leistet die Bundeswehr künftig einen bedeutenden, zahlreiche neue Teilaufgaben umfassenden und damit deutlich veränderten Beitrag im Rahmen einer nationalen Sicherheitskonzeption.“* (VPR 80)

Welche Aufgabe die Gewerkschaft hat wird klar sein, wenn man gelesen hat, was in den Verteidigungspolitischen Richtlinien steht. Wer dagegen nichts unternimmt, der läßt den Krieg der deutschen Monopole gewähren.

Betriebsräte stärken – Vertrauensleute schwächen?

Jeder weiß, dass die gesetzliche Stellung des Betriebsrats eine andere ist als die der Vertrauensleute. Auch wenn der einzelne Betriebsrat kämpferisch ist, so hat er nach dem BetrVG kein Streikrecht und wird vom Kapital geknebelt. Deswegen taten die Gewerkschaften gut daran, Vertrauenskörper aufzubauen, deren Mitglieder nicht einem Staatsgesetz verpflichtet sind, sondern nur den gewerkschaftlichen Interessen und nicht zwei Herren dienen müssen. Das wissen die Gewerkschaften auch aus den Erfahrungen der Weimarer Republik und der Zeit des Faschismus. Völlig zu Recht sagte der frühere Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiter Verband, Robert Dißmann, auf dem Betriebsrätekongreß 1920, das Betriebsrätegesetz sei „kein Recht, sondern ein Hemmnis, eine Fessel, eine Entrechtung für die Arbeiter“ und der DMV-Delegierte Richard Müller brachte es auf den Punkt: Das Betriebsrätegesetz sei ein „Schutzgesetz für die Unternehmer.“ Daran hat sich bis heute nichts geändert, Regierung und Kapital betrachten die Betriebsräte als Ordnungsfaktor in den Betrieben. Das heißt selbstverständlich nicht, dass alle Betriebsräte diesem Wunsche der Herrschenden und ihrer Gesetze nachkommen. Trotzdem haben die Gewerkschaften die gewerkschaftlichen Organe zu stärken. In der Entschliebung zur Bildungspolitik wird deutlich, dass die Betriebsräte aufgewertet werden sollen zu Lasten der Vertrauensleute und der gewerk-

schaftlichen Bildungsarbeit. Im Gegensatz zur Vorstandsentschließung protestieren zahllose Anträge aus den Verwaltungsstellen gegen die geplanten Seminare nur für Betriebsräte unter Ausschluß der Vertrauensleute. Völlig zu Recht wird die geplante Einstellung bzw. Reduzierung von Seminaren zur Geschichte der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung zurückgewiesen. Völlig zu Recht wird Protest erhoben gegen die Schließung von Bildungseinrichtungen der IG Metall.

Wurde vor Jahren noch die tarifliche Absicherung der Vertrauensleutearbeit gefordert, so ist heute davon nichts mehr zu hören. Gewerkschaftsgremien sollen Betriebsräten weichen:

„Arbeitsplatzsicherung ist zum zentralen Aufgabenfeld der Betriebsräte geworden.“ (E 2).

Erstens: Arbeitsplatzsicherung kann es im Kapitalismus nicht geben.

Zweitens: Der Kampf um jeden Arbeitsplatz ist keine Frage des Schachers mit dem Unternehmer, sondern eine Aufgabe der Mobilisierung der Belegschaften durch die gewerkschaftlichen Vertrauensleute. Sind denn die Streiks und Betriebsbesetzungen gegen Massenentlassungen und Betriebsstillegungen schon vergessen?

Auch angesichts der anstehenden Kämpfe gegen die Raubzüge der Regierung muss es den Gewerkschaften um die Stärkung der VK, um die Stärkung ihrer Ausbildung gehen.

Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD